

Streit um Bahnüberquerung: Abriss in Ellwangen vorerst gestoppt!

Rechtsstreit stoppt den Abriss der Bahnübergangs-Brücke in Ellwangen; Bürger fordern Erhalt trotz Sanierungsbedarf.

Ellwangen, Deutschland - Der geplante Abriss des alten Bahnstegs am Mühlgraben in Ellwangen, der für April 2025 angesetzt war, steht derzeit auf der Kippe. Oberbürgermeister Michael Dambacher informierte, dass Bürger Rechtsmittel gegen die Entwidmung des Fußwegs eingelegt haben, was den Fortschritt des Vorhabens vorerst stoppt. Bis zur Entscheidung des Gerichts müssen die Abrisspläne auf Eis gelegt werden. Ein weiteres Zeitfenster für den Abriss könnte sich im Januar 2026 ergeben, falls der Bahnverkehr erneut unterbrochen wird, was die Stadtverwaltung bereits antizipiert hat.

Der Fußgängersteg, der aus den 1960er Jahren stammt, befindet sich in einem stark sanierungsbedürftigen Zustand. Die Kosten für eine Instandsetzung wurden von der Stadtverwaltung auf mindestens 500.000 Euro geschätzt. Da der Steg nicht barrierefrei ist, gibt es eine alternative Verbindung über die Hermann-Weller-Straße, die jedoch nur unwesentlich länger ist. Das Stadtoberhaupt betont, dass die Entwicklung der Brücke und ihre Relevanz für die Anwohner sowie den Zugang zur bevorstehenden Landesgartenschau 2026 in der öffentlichen Diskussion stehen.

Reaktionen auf die Entscheidung zur Entwidmung

Der Gemeinderat hatte im Oktober 2024 der Entwidmung des

Fußwegs zwischen der Konrad-Adenauer-Straße und dem Mühlgraben zugestimmt und Einwände von Bürgern zurückgewiesen. Trotz der Zustimmung fordern einige Bürger den Erhalt des Stegs, insbesondere aufgrund seiner Verbindung zum Wohngebiet „Ellwangen Süd“. Genannte Kritiker der Entwidmung, wie die SPD und die Freien Wähler, argumentieren, dass der Weg von vielen Fußgängern genutzt wird und die Gefahr besteht, dass der Wegfall wesentliche Umwege für die Anwohner verursachen könnte. Während der Abstimmung über die Entwidmung stimmten 18 Räte dafür, 6 dagegen und 5 enthielten sich.

Das Thema Bürgerbeteiligung spielt hierbei eine zentrale Rolle. Laut der Dokumentation von DStGB sind Protestbewegungen gegen Großvorhaben ein Zeichen für das wachsende Interesse der Bürgerschaft an politischen Entscheidungen und der Wunsch, sich aktiv einzubringen. Für die Kommunen wird es zunehmend wichtig, die Meinungen und das Wissen der Bürger in Entscheidungsprozesse einzubeziehen, um eine vertrauensvolle Kommunikationskultur zu schaffen.

Die Herausforderungen der Stadtentwicklung können nur gemeinsam mit der Bürgerschaft bewältigt werden. Es braucht innovative und transparente Kommunikationsformen, um das Engagement der Bürger sowohl als Chance als auch als essentielle Stimme in der Lösungsfindung zu betrachten. Die rechtlichen Möglichkeiten und Formen der Bürgerbeteiligung sind dabei entscheidend, um eine demokratische und tragfähige Stadtentwicklung zu fördern.

Details	
Vorfall	Rechtsstreit
Ort	Ellwangen, Deutschland
Schaden in €	500000
Quellen	<ul style="list-style-type: none"> • www.schwaebische-post.de • www.schwaebische.de • www.dstgb.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de